Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 5 (1925-1926)

Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Latein und Bilbung. — Die ichweizerisch=ruffischen Beziehungen.

Interrichts geschrieben. Er ist dafür eingetreten, Latein (und Griechisch), weil für unsern Bildungsgang weder mehr notwendig noch nütlich, aus jedem fünftigen Unterrichtsplan zu streichen. Herr Christ vertrat demgegenüber im letten Heft den Standpunkt, daß auch heute noch den klassischen Sprachen ein großer Erziehungswert zukomme. Der Unterricht in ihnen schütze uns vor einem obersslächlichen Amerikanismus, sei unserm Geist eine vortreffliche Zucht und bewahre uns, indem er uns den Zusammenhang mit den Grundlagen unserer heutigen Kultur vermittle, damit einzig vor der Gesahr einer Aberslutung durch fremde Gedankenwelten. Die Fragen, die in diesen beiden Ausstätzen erörtert wurden, rühren ohne Zweisel an die Grundlagen unseres ganzen geistigen, und weil das Geistige die Richtkraft des Leiblichen ist, auch unseres leiblichen, d. h. unseres Daseins als Volksgemeinschaft. Das mag es rechtsertigen — oder besser: macht es not we nd ig —, Fragen der Kultur auch in einer politischen Umschau zu beleuchten.*)

Die Schule hat eine Doppelaufgabe zu erfüllen. Sie soll zum Beruf vorbereiten und zugleich Kulturgut vermitteln, m. a. W. für den Kampf ums Dasein ausrüsten und zugleich den heranwachsenden Menschen in eine geistige Berbundenheit hineinstellen. Eine Bildung, die darin besteht, den einzelnen Menschen in den Besit aller erdenklichen Mittel für einen erfolgreichen Kampf um sein persönliches Dasein zu seten, und ihm geistige Werte nur so weit vermittelt, als sie diesem Zwecke dienlich sind, so daß Kultur an ihm nur etwas ist, das den Kreis seiner Selbstsucht wie ein Firnis überzieht, nennt man Amerikanismus. Herr Christ fürchtet, daß wir uns mit der Ausmerzung bessenigen Teils aus unserer Bildung, den der Unterricht in den klassischen Sprachen bisher dazu beitrug, einem derartigen Amerikanismus nähern würden.

Ift diefer Schluß wirklich zwingend?

Bir Jüngeren, d. h. die wir noch der Generation unter 40 Jahren ansgehören, haben kein inneres Berhältnis mehr zur Antike. Auch wenn wir das altsprachliche Ghmnasium durchlausen haben, nimmt in unserem Bewußtsein die "klassische Bildung" einen verschwindend kleinen, wenn überhaupt noch einen Raum ein. Ihren Berlust würden wir daher als kaum merklich empfinden. Bor allem kaum als wirklichen Berlust, eher als Wegsall eines unorganischen Bestandteils unseres Bildungsinhaltes. Wir sind eben innerlich und äußerlich unter gänzlich anderen Berhältnissen aufgewachsen, als die Generation, die in ben mittleren Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts "klassischen Geist" noch in vollen Zügen in sich aufnahm. Schon die Generation, die heute zwischen 40 und 60 Jahren steht und jest in Staat und Geistesleben an der Herrschaft ist, hat zur klassischen Bildung kein organisches Berhältnis mehr gehabt. Schon an ihr haben wir, als sie noch unser Erzieher war, das Unverbundene und Unzusammenhängende ihres "Wissens" empfunden. Und mehr und mehr erscheint sie uns heute als die Generation des vielen Wissens und — des wenig Könnens! Sie hat sich mannigsaltiges Wissens migerlich angelernt, aber wenig innerlich angeeignet. Nicht das Leben hat Richtung und Umfang ihres Wissens der stimmt, Wissen ist ihr als Selbstzweck erschienen, und so hat sie einerseits den

^{*)} Herr Schacht ersucht uns, zu den Entgegnungen von Herrn Christ auf seine Ausführungen noch anzumerken, daß er persönlich mit dem Latein keine unerfreulichen Schülererfahrungen gemacht und auch zum accusativus cum infinitivo nie in unsympathischem Verhältnis gestanden habe, sondern noch heute Latein und Griechisch zu seinem Vergnügen lese, aber darin keine Notwendigkeit erblicken könne, daß das andere Menschen auch tun müssen.

Zugang vom Wissen zum Leben verloren und führt anderseits ein Leben ohne die Wegleitung des Wissens. Einem solchen Zustand gegenüber hat auf die Dauer der Amerikanismus oder die "Gefahr von Osten" gewonnenes Spiel.

Folgt aus dem, daß die Schule künftig nur noch eine Aufgabe, die Ausrüftung für den Kampf ums Dasein, zu erfüllen habe? Im Gegenteil. Ihre Doppelaufgabe ist dringlicher als je, gezade wo der Daseinskampf in unserm übervölkerten Erdteil immer mehr an Hast und Härte zunimmt. Nur darf ihr aus ihrer Doppelaufgabe nicht eine Doppel natur werden, wie das in den vergangenen Jahrzehnten vielsach der Fall war. Ihre beiden Aufgaben, Berufsbildung und Hineinstellen des Menschen in eine geistige Berbundenheit, müssen auf ein and er abgestimmt sein. Kultur als Indegriff unserer geistigen Inhalte ist nichts vom berussichen und staatlichspolitischen Leben Lossgelöstes. Bielmehr soll der Mensch aus seiner geistigen Berbundenheit, aus seinem Kulturdewußtsein heraus an das Berufse und Staatsleben, an den Kampf ums Dasein, herantreten und diesem so erst Sinn und Beseelung verleihen. Umsgekehrt muß die geistige Berbundenheit so beschselwirkung, dieses Auseinanderbezogensein im Bildungsplan, dann zerfällt eben die vermittelte Bildung in zwei unsorganische Bestandteile auseinander. Diese in n ere Ein h eit im Bils dung splan wieder herzustellen, ist die wahrhafte Aufgabe unseres Gesichlechts. Und in diesem Zusammenhang stellt sich dann auch die Frage: Ist der klassische Unterricht berusen, in diesem Einheitsplan noch eine Kolle zu spielen?

In dem halben Jahrhundert, seit der klassische Unterricht seinen Söhe= punkt überschritt, hat sich der Wissenskreis der abendländisch-mitteleuropäischen Bölfer gewaltig erweitert. Richt nur ift die Renntnis der vor flaffischen Rulturfreise der Mittelmeerländer ungeahnt vertieft und für eine Umwertung bes flassischen Zeitalters selbst ausschlaggebend geworden. In unserm Bewußtseins= inhalt nehmen heute auch die großen Kulturen Mittel= und Ostasiens einen be= deutenden Raum ein, und gerade für das wachsende religiose Bedürfnis unserer Beit spielt diesen gegenüber das religios vorwiegend indifferente klassische Griechen- und Kömertum eine gang verschwindend kleine Rolle. Alles das hat auch unfer Urteil über die Grundlagen und Ursprünge unserer heutigen Rultur unbefangener gemacht, und wir sind jett weit davon entfernt, uns geistig weiterhin als Abkömmlinge der griechischerömischen Antike anzusehen. Mit vollem Recht. Denn mag auch das Mittelalter durch übernommene Formen mit ber Staatlichkeit und Beiftigkeit bes untergegangenen römischen Weltreichs in Zusammenhang gestanden und insbesondere die lateinische Sprache als Über-mittler antisen Kulturgutes gedient haben, der Lebensimpuls, der in diesen übernommenen Formen wirkte, die eigentliche Beseelung, war gänzlich unrömischen Ursprungs. Die Bewegungen aber, aus benen unsere eigene eidgenössische Staatlichkeit und unfer geistiges Eigenwesen hervorgegangen ift, und in benen wir die Grundlagen unserer zeitgenössischen Existenz erbliden muffen, sind auch in der Form ohne jeden Zusammenhang mit der römisch-griechischen Antike. Ober in was etwa sollten die Bauern der Baldstätte an romische Aberlieferung angeknüpft haben, als sie durch ihren Freiheitskampf den Anfang zur heutigen Eidgenoffenschaft legten und sich dabei in ihren Urkunden zum ersten Mal der angeborenen Bolksiprache und nicht ber übernommenen lateinischen Bilbungssprache bedienten? Waren es ferner nicht die Reformatoren, wie Zwingli u. a., die die religiösen Borftellungen ihres Bolfes aus den erstarrten römischen Formen lösen und in eigene Formen gießen wollten? Und find schließlich unsere Geiftesgewaltigen aus jungerer Zeit, die Peftalozzi, Gotthelf, Reller, die Niklaus Manuel, Bodlin, Sobler benn irgendwie mit bem Beift ber griechisch-römischen Antike verbunden? Ober wurzeln sie nicht gang einfach in ihrem Bolt und schöpfen aus bessen Seele und Gemut? — Rein, "Grundwasser" ist bas Griechenund Römertum unserer Geistes= und Gemütswelt nicht. Die klassische Bildung war nie mehr und ist nicht mehr als eine Angelegenheit einer Schicht von Ge= lehrten, als eine Art Belehrsamteit, die ihre großen Berdienfte um die Forderung mancher Wissenschaften hat, die aber nie selbst Herzens= und Persönlich= keitsbildung war und auch nicht Bildungsmittel sein kann für die kleine Auslese berer, die ihrer Volksgemeinschaft im staatlichen und geistigen Leben führend voranzugehen berufen sind.

Darum finden wir auch die Bertiefung und Berinnerlichung, deren unfere Zeit so sehr bedarf, nicht durch eine erneute Bersenkung in den Geist bes klassischen Altertums oder durch Beibehaltung wenigstens der bisherigen Beschäftigung damit. Alles das entfernt uns nur von uns felbst und erhöht die Befahr, daß diejenigen, die auch geistig-scelisch zur Guhrung ihres Boltes berufen waren, den Busammenhang mit diesem verlieren und deffen geiftige Leitung mehr und mehr der Halbbildung und der religiösen Charlatanerie überslassen mussen. Die Stunde ist ernst! Wir mussen den Mut zur Einseitigkeit aufbringen und uns rudfichtslos von vertraut gewordenen Unichauungen trennen, wenn die Rot der Zeit es erfordert. Und sie erfordert es! Unser Rulturfreis läuft Gefahr, in der Bielheit feines Wiffens zu ertrinken. Das Mag deffen, was der einzelne Mensch in sich aufnehmen und sich wirklich innerlich aneignen fann, ist längst überschritten. Beil wir zu viel wiffen wollen, wiffen wir gar nichts mehr! Wir follten wieder an das Beifpiel des Feldherren denken lernen, ber unter vielen Planen, wie er eine Schlacht ichlagen fann, einen einzigen auswählen und diefen allein und unentwegt verfolgen muß, wenn er ben Sieg an seine Fahnen heften will. Ist unser Dasein doch ein einziger großer Kampf, und jeder Mensch ist an dem Plat, wo ihn das Leben hinstellt, gewissermaßen ein kleiner Schlachtenlenker. Und wie der Feldherr, wenn er sich für einen Plan entscheidet, damit alle die Möglichkeiten aus der Hand gibt, die ihm die Ausführung der anderen Plane geboten hätte, so mussen wir uns für eine Art der Bildung entscheiden, auch wenn uns dadurch manches verloren geht, was uns auch als wertvoll erschienen ware. Wer mehrere Plane zugleich verfolgen will, weil er sich von den verlockenden Möglichkeiten aller nicht trennen fann, ift ein schlechter Feldherr. Und wir find schlechte Erzieher und Führer, wenn wir, am Bielen hängend, uns nicht für das Gine und Notwendige entscheiden fönnen.

Es bleibt uns, auch wenn wir die geistige Verbundenheit des heranwachsenden Menschen ausschließlich auf der Grundlage der Muttersprachen Menschen ausschließlich auf der Grundlage der Muttersprache und der Aultursund Genug Raum für die Vermittlung anderer "Gedankenwelten". Unsere Vildung soll wahrlich nicht eng und vom Reichtum ausgeschlossen sein, den das Wissen um andere Kulturen verleiht. Aber gerade zu einem derartigen Wissen, wenn es ein wirklich es Wissen, und nicht ein bloßes Scheins und Vielwissen sein soll, kann man nur auf dem Weg über das Wissen seiner selbst gelangen, m. a. W. nur wer das geistige Wesen — die Persönlichkeit — seiner Volksgemeinschaft in sich voll und bewußt erlebt und durch sich selbst zum Ausdruck bringt, kann sich wirklich in das Wesen anderer Völker und Kulturen ein fühlen. In diesem Sinne soll in unserer Vildung dem klassischen Altertum sein Plat eingeräumt werden, genau wie dem vorskassischen und den Kulturkreisen Asiens. Die Erlernung der griechischen und lateinischen Sprache ist dazu dann aber so wenig notwendig, wie die Erlernung der chaldäischen, indischen oder chinesischen. Das kann demzenigen überlassen beiben, der Fachstudien treiben und die Wissen schap dieser Sprachen kein außbauendes Element mehr abgeben.

Wir sind uns bewußt, mit unseren Darlegungen in starken Gegensatzu den Auffassungen zu treten, wie sie heute an den Hochburgen unseres Erziehungs und Bildungswesens, an unsern Hochschulen, noch vorherrschen. Sei es! Auch unsere Hochschulen haben eine Doppelaufgabe zu erfüllen. Sie werden aber heute nur noch der einen gerecht. Sie vermitteln Berufswissen, lassen Gelehrte und Fachleute aus sich hervorgehen, aber sie erziehen dem Volkteine Führer. Und doch, wie unendlich viel wichtiger wäre es, sie schenkten dem Land jährlich zehn Führer als hundert Gelehrte und Fachleute. Aus der

aussterbenden Generation der geistigen und politischen Führer per fönlich feiten, die unser Land unversehrt durch die Erschütterungen des Weltkrieges geführt haben, erklingen Warnruse an das jest am Regiment stehende Geschlecht. Wahrlich mit Recht! Dessen geistige Welt ist in voller Auflösung begriffen. Ohne inneren Halt steht es jedem Ansturm fremder Geistigkeit, komme er vom Osten oder über den Ozean vom Westen her, offen. Darum allerdings tut es Not, Sorge zu tragen, daß das heranwachsende Geschlecht in geistige Versbundenheit gestellt und wieder zu seelischer Tiefe erzogen werde. Dazu ist aber die Erlernung der alten Sprachen und die Vermittlung der griechisch-römischen Gedankenwelt kein Weg mehr.

* *

Seit sieben Wochen nehmen die schweizerischerussischen Bestehungen in der öffentlichen Diskussion einen großen Raum ein. Bisher tappte man über die wirklichen Hintergründe des dabei reichlich entwickelten Lärms ziemlich im Dunkeln. Jest haben die Ausführungen, die Bundesrat Motta soeben im Nationalrat als Antwort auf die Interpellationen Balloton und Huber gemacht hat, einigen Aufschluß gebracht, wenn auch nicht einen so vollständigen, daß man die letzen Fäden dieses nicht ganz einsachen diplos

matischen Spiels der letten zwei Monate eindeutig erfennen fonnte.

Drei Spieler sind am Spiel beteiligt gewesen. Die Schweiz, Rußland und Frankreich. Die aktivste Rolle dabei spielte Frankreich. Fast ausschließlich passiv war diejenige der Schweiz. Wenig klar sind die eigentsichen Absichten, die die französische Regierung verfolgte. Sie stehen aber zweisellos in engem Zusammenhang mit Frankreichs allgemeiner internationaler Politik. Nur ist diese gegenwärtig auch keineswegs so, daß man sie auf eine einsache Formel bringen könnte. Festzustehen scheint nach den Akten, die Bundesrat Motta im Nationalrat auszugsweise der schweizerischen Ssentlichkeit zur Kenntnis brachte, nur so viel, daß im Anschluß an die Beschlußfassung des in der ersten Dezemberwoche tagenden Bölkerbundsrates — auf den 15. Februar nach Genf eine Borkonferenz sür die Abrüstungsfrage einzuberusen — schon in der zweiten Dezemberwoche in Moskau zwischen dem dortigen französischen Botschafter, Herbands an dieser Konserenz stattsanden. In diesen Berhandlungen über die Eelsnahme Rußlands an dieser Konserenz stattsanden. In diesen Berhandlungen spielte u. a. auch das russischespierische Berhältnis eine Rolle. In einer Note vom 12. Dezember berichtete Herbandserische Berhältnis eine Rolle. In einer Note vom 12. Dezember berichtete Herband der schweizerischen Regierung eine Beileidserklärung der schweizerischen Regierung für die Ermordung Borowskis vermisse und daß sie beabsichtige, bei Anlaß der Genfer Borkonsernzihre offizielle Anerkennung durch die Schweiz zu verlangen. Aus den von Buns desrat Motta mitgeteilten Daten geht weiter hervor, daß auch zwischen dem russischen Ausgenberiker und des inzwischen nach Moskau gereisten Rakowski mit Herbette (am 23. Dezember).

Ob die schweizerische Regierung von diesen die Schweiz jehr nah ansgehenden Dingen Kenntnis erhielt, ist aus den Angaben des Vorstehers des Politischen Departementes nicht zu entnehmen. Nach diesen Angaben hätte der Bundesrat bloß "im Laufe des Dezembers durch offiziöse Mitteilung des Völkerbundssekreiten beschäftige, die die Sowjetregierung hinsichtlich des Verssammlungsortes in den Weg legen könnte." Als Antwort darauf ließ der Bundesrat seinen Brief vom 30. Dezember an das Völkerbundssekretariat abgehen, in dem er diesem mitteilte, daß seinerseits einer Teilnahme rufsischer Vertreter an der Konferenz in Genf nichts im Wege stehe und daß diese in Genf den gleichen Schutz genießen würden wie die Delegierten irgend eines anderen Staates. Er erhielt unterm 2. Januar vom Völkerbundssekretariat eine Empsfangsbestätigung seines Schreibens und beiliegend zur Kenntnisnahme einen Brief des französischen Außenministers an den Völkerbundssekretär vom 26. Deszember und die oben erwähnte Rote des französischen Botschafters in Moskau

an die Pariser Regierung vom 12. Dezember. In dem Brief des stranzösischen Außenministers war dem Bölkerbundssekretär nahegelegt, die von der Sowjetzregierung gegen eine Beteiligung in Genf erhobenen Einwendungen "hit dem Borsteher des Politischen Departements zu besprechen und die Möglichkeit einer Regelung ins Auge zu sassen. Zu einer derartigen Besprechung zwischen dem Bertreter des Völkerdundes und dem Vorsteher des Politischen Departements kam es indessen nicht. Bielmehr wandte sich sehr die französische Regierung direkt, ohne Bermittlung des Völkerdundssekretärs, an die Schweiz. Am 4. Januar stellte der französische Botschafter in Bern, Henessyn die Krage, ob die schweizerische Regierung Wert darauf sege, daß die Konserenz in Genf stattsinde und daß Rußland daran teilnehme. Ob nun der stanzösische Botschafter aus der beschweiz eine Intwort, die er auf diese Frage erhielt, von sich aus dem Schlußzog, daß der Schweiz eine Intervention Frankreichs in die schweizerischerusssischungen erwünsicht sei, oder ob im weiteren Verlauf seines Gespräches mit dem Vorsteher des Politischen Departements wirkliches Einwerständnis darüber erzielt wurde, kann aus den Ungaden von Bundesrat Motta im Nationalrat nicht ersehen werden. Fest steht nur, daß die französische Regierung dereits am 7. Januar dem Vorsteher des Politischen Departements die Bedingungen mitteilte, unter denen Rußland seine Gegnerschaft gegen Genf fallen lassen würde. Diese Bedingungen erschienen nun dem Vorsteher des Politischen Departements die Bedingungen mitteilte, unter denen Rußland seine Gegnerschaft gegen Genf fallen lassen würde. Diese Bedingungen erschienen nun dem Vorsteher des Politischen Departements die Bedingungen mitteilte, unter denen Rußland seine Gegnerschaft gegen Genf fallen lassen daß er dem Gesamtbundesrat davon glaubte Kenntnis geben zu müßen. Damit erst wurde der Gesamtbundesrat davon glaubte Kenntnis geben zu müßen. Damit erst dem Gesamtbundesrat davon glaubte Kenntnis geben zu müßen. Damit erst

Dhne Zweifel mar dieses Eingehen auf die frangösischen Absichten ber entscheibende Schritt des Bundesrates in diefer ganzen Angelegenheit. Bas ben Bundesrat dazu veranlagt hat, d. h. welches die Grunde waren, die ihn bewogen, von seinem bisherigen Standpunft - das augenblidliche ichweizerischruffifche Berhältnis fei fein Sindernis für eine ruffifche Beteiligung in Benf abzugehen, haben die Darlegungen von Bundesrat Motta nicht eindeutig geflart. Glaubte er wirklich, dem Bolferbund diese Rudficht schuldig zu fein, wie einige bem Politischen Departement nahe stehende Blätter es bald nachher barstellten, dabei aber auf die fast einmütige Ablehnung der schweizerischen Presse, ganz besonders der welschschweizerischen, stießen? Ober glaubte er ernstlich, daß für das schweizerisch-russische Berhältnis etwas Erspriegliches herausschaue, wenn er unter für ihn so ungunstigen Umständen — die russische Regierung wußte genau, daß er es unter außerem Druck und nicht aus eigener Initiative tat ber Biederaufnahme von Berhandlungen zustimmte? Der glaubte er fcbließlich, dem französischen Drängen angesichts des traditionellen schweizerisch-französischen Berhaltnisses nicht widerstehen zu konnen, um so mehr, als in bem Zeitpunkt, in dem die Frage für ihn zur Entscheidung stand, die französischen Bestrebungen schon sehr weit fortgeschritten und der Borsteher des Politischen Departements sich auch ichon weitgehend barin verwickelt hatte?

Wie dem auch sei, die französische "Vermittlung" wurde angenommen und es haben während fünf Bochen Berhandlungen stattgefunden, die jest schließlich ergebnislos abgebrochen worden sind. In rußlandfreundlichen englischen Blättern ist die Andeutung gemacht worden, daß die Verständigung u. a. auch durch eine von der französischen Regierung angeregte Formel erschwert worden sei. Auch in dem als russophil gestenden Pariser "Matin" hat Sauerwein an der Art der französischen "Vermittlung" Kritik geübt. Darnach wäre Frankreich "aus seiner Rolle eines einsachen übermittlers herausgetreten" und der französische Gesandte in Bern hätte "vom ersten Tag an die Fragen falsch gestellt und so den Sowjets eine Versuchung gegeben, der sie nicht widerstanden sind". Daß es sich in der Tat bei der "Vermittlung" der französischen Regierung um mehr als eine bloße Vermittlung gehandelt hat, geht auch aus den Ausführungen von Bundesrat Motta im Nationalrat hervor. Zwar versichert der Vorsteher des

Politischen Departements dort, daß die französische Regierung "nie aus ihrer Rolle eines peinlich unparteiischen Vermittlers heraustreten wollte". Im gleichen Atemzug schildert er aber, wie sie "nicht voll und ganz auf unsere (bes Bundes= rates) Anschauungen einging". Wäre die französische Regierung wirklich nur Ver= mittler zwischen Bern und Mostau gewesen, dann hatte sie die schweizerischen Unschauungen ohne weitere Zutat nach Mostau zu leiten, aber nicht nach eigenem Belieben "darauf einzugehen oder nicht einzugehen" gehabt. Bei einer solchen Handhabung der "Bermittler"=Tätigkeit hat der "Bermittler" es letten Endes in der Sand, den Berlauf und Ausgang der Berhandlungen nach feinem eigenen Gutdunken, d. h. wie es feinen Intereffen entspricht, zu bestimmen. Er ift der Sauptspieler, die Berhandlungs-Pacteien werden zu bloßen Nebenfiguren. Und so war es auch in diesem jungsten diplomatischen Intermezzo zwischen Bern-Paris-Mostau. Entsprechend find die Berhandlungen auch nicht in der sonst üblichen Form eines Notenaustausches erfolgt, sondern als mündliche Besprechungen mit dem Bermittler unter Unlehnung an schriftlich festgelegte Dentschriften. Und entsprechend kann nicht bokumentarisch nachgewiesen werden, was nun wirklich in den Berhandlungen gegangen ist und welchen Unteil die Tätigfeit des Bermittlers dabei hat. Die ruffische Regierung behauptet bekanntlich, die schweizerische Regierung habe von Mal zu Mal den Wortlaut ihrer Bestingungen im Sinne einer Verschärfung geändert; der Bundesrat versichert, stets bis an die Grenze des für die Schweiz Möglichen gegangen zu sein. Auffallend ist auf jeden Fall, daß es Mitte Januar schien, als ob die Verhandlungen in kürzester Zeit zu einem positiven Ergebnis führen würden. Tatsache ist ferner, daß die anfangs der Wiederaufnahme von Verhandlungen günstige Stimmung unserer Presse und Offentlichkeit gegen Ende Januar in ihr Gegenteil umschlug, wobei die Preffe der frangösischen Schweiz den Ton angab, und zwar in einer Art, die einiger Berwunderung rufen mußte. Konnte man doch dort in Blättern, die sonst durch dick und dunn mit dem Bolferbund gehen, lesen, die Schweiz solle eher aus dem Bolferbund austreten, als unter seinem Druck die ruffischen Bedingungen annehmen, wobei man mit vollem Recht Zweifel hegen tann, bag solche Außerungen jemals ernst gemeint gewesen sind. Im Zusammenhang mit all dem ist dann auch die Vermutung aufgetaucht, der französischen Regierung sei es gar nicht ungelegen gekommen, daß die schweizerisch-ruffischen Berhandlungen nicht vom Fled rudten, habe fie fo doch einen bequemen Vorwand gehabt, für die ihr unerwünschte Abrüftungskonferenz eine Berschiebung zu be= antragen. Vollständige Klarheit über die Absichten, die die französische Regie= rung in Birklichkeit mit ihrer "Bermittler"- Tätigkeit verfolgte, durfte aber kaum jemals — eben mangels entsprechender Dokumente — zu gewinnen sein.

Das gleiche gilt natürlich für die russische Regierung, deren Absichten bei dem ganzen Handel auch keineswegs eindeutig erkennbar sind. Als wenig wahrsscheinlich muß es aber doch bezeichnet werden, daß die Sowjetregierung von vorneherein ihre Bedingungen für eine Teilnahme in Genf nur deswegen gestellt habe, um einen Borwand gegen diese Teilnahme zu bestigen. Die russischen Bedingungen waren keineswegs so, daß eine Berständigung mit der Schweiz von Ansang an aussichtslos erscheinen konnte. Sonst wäre seitens der Schweiz doch wohl auch nie auf die Berhandlungen eingetreten worden. Bielmehr ist der Einsbruck, den man gewinnt, der, daß die russische Regierung in der Einladung des Bölkerbundsrates zur Teilnahme an der Genfer Konferenz einen geeigneten Anslaß sah, die Beziehungen mit unserm Land unter ihr günstigen Umständen wieder auszunehmen, ja der Schweiz unter Ausnühung des Druckes, dem sie seitens des Bölkerbundes unterstand, die offizielle Anerkennung der Sowjetzegierung abzunötigen. Angenommen, diese Aussichlung wäre richtig, so wäre dabei noch nichts Ilohales. Der Fehler läge vielmehr auf unserer Seite, daß wir diese Absicht nicht rechtzeitig durchschaut oder — was wahrscheinlicher — einsach bedenkenlos dem französischen Drängen nachgegeben und uns in Bershandlungen eingelassen haben, die unter diese Schweiz sich unwürdig vor der Sowjetregierung gedemütigt hätte. Die Annahme, daß die russische Regierung

ein wirkliches Interesse und Bedürsnis hat, die Beziehungen mit der Schweiz wieder aufzunehmen, ist durch die bisherigen Verhandlungen keineswegs widerslegt worden. Ebenso dürste seststehen, daß auch auf schweizerischer Seite dieses Interesse der Wiederaufnahme von Beziehungen mit Rußland vorhanden ist, wos bei den schweizerischen Interessen vorerst mit Beziehungen handelspolitischer Natur vollauf gedient wäre. Es ist daher auch gar nicht unwahrscheinlich, daß direkt e Verhandlungen zwischen Bern und Moskau in absehbarer Zeit zu einem Ergebnis führen, das beiden Ländern die gewünschten Vorteile bieten würde.

Der Schaden, den die Schweiz mit dem vorläufigen Abbruch der Berhandlungen erlitten hat, ift alfo nicht riefengroß. Underseits besteht auch fein Unlag, daß wir uns in die Haltung des Siegers werfen oder uns unserer Reftigkeit, die wir wieder einmal bewiesen hatten, rühmen. Gewiß ift es etwas Schones um die Festigkeit in außenpolitischen Dingen. Wenn wir sie nur nicht auch bier wieder an die falsche Adresse gerichtet hätten. Damals, anfangs Januar, als Frankreich uns in dieses Abenteuer hineindrängen wollte, ware Festigkeit am Plate gewesen. Jest, nachdem die Sache schief gegangen ift, fich gegenüber dem einige taufend Kilometer entfernten Verhandlungsgegner seiner Festigkeit rühmen, heißt nichts anderes, als mit lauten Worten das Bewußtsein der eigenen Niederlage übertönen wollen. "Erhobenen Hauptes darf die Schweiz vor Europa und der Welt erscheinen", liest man da in einem gouvernementalen Blatt. Wir sähen an Stelle des erhobenen Hauptes lieber ein stilles Insichgehen und sich Besinnen auf altüberlieferte Leitsätze schweizerischer Außenpolitik: Keine Eins mischung in fremde Händel und keine fremde Sinmischung in unsere eigenen Händel! Wir wünschen dem Bölkerbund bei seinem Bestreben, eine Gruppe von übermäßig gerüsteten Landmächten abzurüsten, alles Gute. Solange sein Tun uns nicht birett berührt, geht uns bas aber nichts an! (Der Umstand, baß die Ronfereng in Benf stattfinden foll, tann uns nicht dirett berühren; fie fann übrigens auch ebenso gut anderswo stattfinden!) Ferner: Haben wir mit einem anderen Staat einen Anstand, so schaffen wir diesen aus eigener Initiative, nicht auf äußeren Druck bin, und niemandem zuleid und niemandem zulieb als nur uns felber, und ohne die freundschaftliche Bermittlung eines Brotektors, aus der Welt. So einzig dienen wir den eigenen Interessen! Andernfalls find wir nur Bertzeug fremder Intereffen!

Burich, ben 20. Februar 1926.

Sans Dehler.

Bur politischen Lage.

Die Macht der Tatsachen. — Das Problem des Bevölkerungszuwachses in Italien. — Ausdehnungspläne im Mittelmeerbeden. — Südtirol und die italienische Politik. — Die Haltung der Schweizerpresse.

Noch wirken die Eindrücke des Weltkrieges nach. Man hat nirgends Lust, eine Biederholung dieser Ereignisse zu erleben. In den breiten Massen ist dess halb das Streben überall verbreitet, neue Kriege zu vermeiden. Auch die leitenden Kreise kommen dieser Stimmung entgegen. Überall gebärden sich Resgierungen und Parlamente äußerst friedsertig. Schade nur, daß der Masse der schönen Worte und Gebärden so wenig Taten entsprechen. Wie langsam geht es mit der Abrüstung vorwärts. Man frägt sich manchmal sogar, ob man das mit überhaupt irgendwie vorankomme. Wie wenig ernsthafte Bestrebungen sieht man, die eigentlichen Ursachen der dauernden Beunruhigung Europas wegzusäumen. Auch die Pazisisten, die es mit ihren Ideen wirklich ernst meinen, gehen da meist recht wunderliche Wege. Es genügt ihnen, gegen die unmittelsbaren Kriegsgefahren und Kriegsdrohungen Front zu machen. Sie drängen darauf, daß man sich durchweg einsach mit den heutigen Zuständen absinden soll. Ieder, der eine Anderung derselben anstrebt, wird kurzweg als Ruhestörer

und Friedensfeind angesehen. Das sind gefährliche Täuschungen. Sie laufen im Grunde genommen auf nichts anderes hinaus, als auf die Berewigung eines für einzelne europäische Staaten fehr gunftigen, für andere ebenfo ungunftigen Buftandes. Man will nicht eine gewisse Gleichgewichtslage verewigen, sondern den Augenblick völliger Ohnmacht des einen Teiles und ichrankenloser Allmacht des andern. Und man glaubt dabei, mit einzelnen formellen Bugeständniffen alles ins Blei zu bringen. Es fteht völlig außer Zweifel, bag man mit dieser Taftif für den Augenblick einen gewiffen Erfolg erzielen wird. Ebenso sicher ift es aber, daß man dabei starte Rrafte gewaltsam gurudbindet, die sich früher oder später in einer schweren Entladung wieder freie Bahn brechen werden. Eine dauernde Befriedung Europas wird fich nur dann erzielen laffen, wenn es gelingt, den vorhandenen Kräften auch eine entsprechende Betätigungsmöglichkeit zu schaffen.

Die Abelstände find in diefer Beziehung heute in Europa geradezu ungeheuerlich. Für die dichtbevölkerten Industrielander fehlt infolge der Störungen des Wirtschaftslebens durch den Krieg vielfach der Absat ihrer Erzeugniffe. Wir fühlen das in der Schweiz felbst deutlich genug. Biel schärfer macht es sich in England seit mehreren Jahren und in Deutschland seit dem vergangenen Herbste geltend. Immerhin sind das Erscheinungen, die hoffentlich mit der fortschreitens den Beruhigung der Welt wenigstens zu einem ansehnlichen Teile behoben werden tönnen. Ganz anders steht es aber mit dem Abschub des europäischen Bevölke-rungsüberschusses. Seit einem Jahrhundert ist die Einwohnerzahl unseres Erd-teils in früher nie gekannter Weise angestiegen. Auch in dem Lande des schwächsten Geburtenüberschusses, in Frankreich, hat sie sich annähernd verdoppelt. Im Mittel- und Nordeuropa, besonders aber im Osten treffen wir Vermehrungen bis zum zehnfachen in einem Jahrhundert an. Dabei ift gleichzeitig der Abfluß nach übersee immer offen gestanden und fehr start benütt worden. Nordund Südamerika, Auftralien, schließlich Süd- und Nordafrika haben ununter-brochen gewaltige Massen aus allen europäischen Ländern aufgeschluckt. Es leben jum Beispiel heute bedeutend mehr Frlander in den Bereinigten Staaten als in Frland felbft. Das ift nun freilich das fraffeste Beispiel. Aber es gibt in den Bereinigten Staaten auch mindestens 20-25 Millionen Menschen deutscher Abstammung. Ahnlich ift das Berhältnis für die ffandinavischen Staaten, für England u. f. w. Dabei haben gerade diese Länder felbst im vergangenen Sahrhundert eine fehr ftarte Entwicklung erlebt. Heute ist für fie keine Aussicht vorhanden, wenigstens vorläufig, ihre Wirtschaft in dem gleichen Tempo weiter zu entwickeln. Im Gegenteil, es fragt sich, ob auf die Dauer auch nur der heutige Stand behauptet werden fann. So fieht man fich allenthalben nach Möglichfeiten um, den Bevölferungszumachs oder den Teil der heutigen Bewohner, der sein Austommen nicht mehr findet, irgendwohin abzuschieben. Damit steht es aber sehr schlecht. In vielen überseeischen Gebieten, die sich als Siedlungsländer für Europäer eignen, ist heute ebenfalls feine Berwendung mehr für neue Zuswanderer. Die Bereinigten Staaten z. B. haben die Einwanderung außerordentslich eingeschränkt, ja fast völlig unterbunden. Damit wird die Frage der Untersich bringung des europäischen Bevölkerungsüberschusses immer schwieriger. Dazu fommt nun ferner noch die Tatfache, daß gerade die mitteleuropäischen Länder mit ftarfem Geburtenüberschuß felbst feine Siedlungsgebiete in überseeischen Erdteilen besiten. Sie können alfo auch beim besten Billen felbst fozusagen nichts erreichen. Welche politischen Folgen aber eine berartige unerträgliche Spannung hat, die fich mit elementarer Bucht verstärfen muß, das zeigt die Politif Japans in den jungsten Jahrzehnten. Krampfhaft sucht man in dem Inselreich auf allen Seiten nach Möglichkeiten zur Berwendung des fehr starken Bevolkerungsüberschusses. Das führt fortwährend zu politischen Zusammenstößen und zur Berfeindung mit allen Nachbarn. Ahnlichen Spannungen gehen wir in Europa mit raichen Schritten entgegen.

Wohl am stärksten unter ben europäischen Ländern empfindet diese Spannung heute ichon Italien. Das Land hat feit Jahrzehnten einen starten Geburtenüberschuß. Heute steht es damit so ziemlich an der Spitze der mittel- und westeuropäischen Länder. Seine Bevölkerung wächst jedes Jahr um annähernd 800,000 Köpse. Das Land selbst ist arm an Bodenschäpen. Seine wirtschaft- lichen Entwicklungsmöglichkeiten sind also begrenzt. Seit vielen Jahrzehnten mußte deshald eine starke Auswanderung den nötigen Ausgleich schaffen. Italien war vor dem Weltkrieg das Land mit der stärksten Auswanderung. Hundert- tausende strömten alljährlich nach den Vereinigten Staaten, nach Brasilien, Uruguah und Argentinien ab. In der nordamerikanischen Einwanderung rückten die Italiener immer mehr an erste Stelle. In Südamerika stellten sie schon seit langem den weitaus höchsten Anteil am Bevölkerungszusluß. Ganze weite Landschaften in der neuen-Belt erhielten auf diese Weise eine italienische Be- völkerung. Diese Auswanderer wurden jedoch, besonders in Nordamerika, rasch in dem allgemeinen Völkerbrei eingeschmolzen. Daneben aber hatte Italien eine sehr starke vorübergehende Auswanderung, eine Erscheinung, der man im übrigen Europa wenig begegnete. Sie war besonders in Norditalien im Schwunge. Wir Schweizer kennen sie aus eigener Ersahrung zur Genüge. Durch diese Ausswanderung vermochte Italien nicht nur seine überschüssige Bevölkerung ziemlich reibungslos abzuschieben, sondern es gewann auch durch die Ersparnisse der Auswanderung in der italienischen Wirtschaft eine sonst niegender erreichte die Auswanderung in der italienischen Wirtschaft eine sonst niegends erreichte die Auswanderung in der italienischen Wirtschaft eine sonst niegends erreichte Bedeutung.

Seit dem Weltkrieg hört diese Auswanderung mehr und mehr auf. Die überseeischen Länder sperren sich dagegen ab oder bilden infolge der mißlichen Berhältnisse kein erwünschtes Ziel mehr. In den Bereinigten Staaten wanderten 1914 283,700 Italiener ein, 1924/25 — 2678! Die Rückwanderung dagegen bestrug 1924/25 zirka 25,000 Personen. In den europäischen Ländern, dem Gesbiet der vorübergehenden Auswanderung, ist Mitteleuropa samt der Schweiz gänzslich ausgeschaltet. Einen gewissen Ersat bietet dafür lediglich das immer menschenärmer werdende Frankreich. Tatsache aber ist es, daß die italienische Auswanderung nach und nach versiegt. Der Menschenzuwachs konnte untersbessen in der mächtig emporgeblühten Industrie untergebracht werden. Aber diese Entwicklung hat ihre Grenzen. Es ist sogar leicht möglich, daß einmal ein empfindlicher Kücschlag eintreten wird. Für solche Fälle besaß man früher in der Auswanderung ein stets offenes Ventil. Diese Möglichkeit sehlt für die Zukunst. Damit erwächst für die italienische Regierung eine immer brennendere Aufgabe. Man wird mit allen Mitteln versuchen müssen, für den Bevölkerungszuwachs auch in wirtschaftlich ungünstigern Zeiten Platz zu schaffen.

Für das heutige faschistische Italien kommt zu diesen Erwägungen sichers lich noch eine andere. Bisher ist der Bevölkerungszuwachs des Landes regelmäßig zu einem ansehnlichen Teile verloren gegangen. Er ist in den überseeischen Gestieten oder in den europäischen Auswanderungsländern im fremden Volkstum untergegangen. Im günstigsten Falle hält sich die italienische Sprache und Art in geschlossenen überseeischen Siedlungskolonien wie in den Südstaaten Brasiliens. Aber auch in diesem Falle stehen die Leute durchaus nicht mit allen ihren Kräften zur Verfügung des italienischen Staates. Schließlich werden sie ebensfalls in ihrer fremden Umgebung aufgehen. Das ist sicher für das heutige nastionalistisch überhitzte Denken der leitenden Kreise Italiens ein sehr unerfreus

licher Gebante.

Aus allen diesen Erwägungen heraus begreift man sehr wohl, daß die Regierung Mussolinis nach Siedlungsgebieten sucht. Die eigenen Kolonien bieten viel zu wenig Raum. Tripolis und die Khrenaika können jedenfalls mit der Zeit Hunderttausenden von Italienern Arbeitsmöglichkeiten bieten. Aber dafür braucht es Zeit und viel Geld. Die Erschließung des Landes mit Eisenbahnen, die Ausführung von Bewässerungsanlagen, alle die vielen Maßregeln zur Wiedersberstellung der alten Fruchtbarkeit des Landes lassen sich nicht innert kurzer Zeit und sicher nur unter sehr hohen Kosten durchführen. Der Faschismus arbeitet daran, mit seiner gewohnten Energie. Aber all das kann doch nur ein kleines Aushilfsmittel sein. Die übrigen italienischen Kolonien kommen als Siedlungsgebiete nicht in Betracht, auch die neu erworbenen Landstrecken in Ostafrika nicht. So muß man eben nach andern Ländern Ausschau halten.

Welche Möglichkeiten stehen überhaupt für eine italienische Ausdehnung offen? Die Gebiete nördlich der Alpen, überhaupt alle Nachbarländer an den Landgrenzen scheiden zum vornherein aus. Hier ist keine Verwendung für neue Menschenmassen, Es bleiben in diesem Falle die überseeischen Kolonien und die verschiedenen Randgebiete des Mittelmeeres übrig. In den überseeischen Ländern sind jedoch alle für eine europäische Besiedlung brauchbaren Landstrecken bereits in sesten Händen. Mit Gewalt hier irgendwie Fuß zu sassgeschlossen. Andere Kolonialgebiete, die aber nur für eine sehr beschränkte Zahl weißer Einwanderer Verwendungsmöglichkeiten bieten, wären schließlich bei einer günstigen politischen Gruppierung zu gewinnen. Man denke an den gegenwärtig im Fluß befindlichen Meinungsaustausch über die ehemaligen deutschen Kolonien. Man denke an die weiten tropischen Gebiete, die in den Händen des machtlosen Portugals sich befinden. Mit solchen Erwerbungen wäre aber bloß für die imperialistischen Träume der Italiener etwas gewonnen, nicht für die praktischen Bedürsnisse des Kages. So scheiden also auch die überseeischen Gebiete aus

Bedürfnisse des Tages.. So scheiden also auch die überseeischen Gebiete aus. Es bleibt schließlich das Mittelmeerbecken. Es ist zweifellos, daß sich die nächsten greifbaren Plane ber faschistischen Regierung mit ben Ausdehnungsmöglichkeiten in diesem alten Tummelplat der Italiener befassen. Allerlei Gerüchte schwirren darüber in der Welt herum. Wir haben aber auch ganz greifbare Anhaltspunkte. Am bittersten ist es für Italien, daß das nächstgelegene nord-afrikanische Gebiet in französischen Händen liegt. Tunis, auch Algier und Marotto bieten mit ihren reichen natürlichen hilfsquellen und ihrer spärlichen Bevölkerung heute ein geeignetes Ziel für eine europäische Besiedlung. Die Be-weise dafür sind vorhanden. Die Besitzer des Landes, die Franzosen, haben aber befanntlich die Menschen nicht, um ein solches Werk durchzuführen. Die französische Regierung macht seit vielen Jahrzehnten alle Anstrengungen, um Franzosen in diese Länder zu bringen. Sie sucht gleichzeitig den Zufluß von Arbeitskräften aus den andern menschenreichern Mittelmeerstaaten zu unterbinden. Tropbem finden sich in den drei nordafrikanischen Provinzen Frankreichs viele Hunderttausende von Spaniern im Westen und Italienern im Often. In Tunis leben heute allein mindestens 100,000 Staliener. Sie bilden in den Städten ganze Kolonien von Handwerkern und Kaufleuten. Sie sind für alle Bau- arbeiten und überhaupt die öffentlichen Arbeiten gerade so unentbehrlich wie sie es bei uns vor dem Kriege waren. Sie haben sich aber auch als Kleinbauern durchgesett. Das alles geschah, tropdem die Franzosen der Ausbreitung der Italiener alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg legten. Frangofen felbst gibt es trot der mächtigen Unterstützung des Staates in Tunis nicht einmal halb so viele wie Staliener. Solche Berhältnisse machen es fehr begreiflich, daß die Italiener sehnsüchtig nach bem frangösischen Besit in Nordafrita hinüberblicen. Sier ware Raum für Sunderttaufende von Leuten.

Allerdings ist vorderhand feine Aussicht für die Verwirklichung dieser Wünsche vorhanden. Frankreich denkt selbstverständlich nicht daran, auch nur auf einen Quadratmeter seines Besitzes zu verzichten. Mit Gewalt kann das heutige Italien gegenüber der ersten Militärmacht Europas einstweilen nichts ausrichten. So muß man denn ohnmächtig zusehen, wie Frankreich daran geht, die italienische Kolonie in Tunis zurückzubinden. Rechnet man zu diesen Beschwerden die italienischen Absichten auf das stammverwandte Korsika, auf das früher italienische, jetzt längst französische Rizza, so erkennt man ohne weiteres, daß hier verschiedene Möglichkeiten sür zukünstige Auseinandersehungen gegeben sind. Ganz offen rechnen die ausstrebenden Italiener dem menschenarmen Frankreich vor, daß es bei seiner versiegenden Volkskraft eigentlich kein Recht auf seine reichen Kolonien habe. Man weist darauf hin, daß Frankreich sogar zur Bebauung seines eigenen verödeten Landes Millionen von Fremden heranziehen müsse. Man empfindet in Italien diesen Zustand als eine schreiende Ungerechtigkeit. Man wird solche Gedanken begreislich sinden und ihnen nicht jede Berechtigung absprechen können. Auf jeden Fall ist die Lage heute so, daß bei der ersten günstigen Gelegenheit der berühmte italienische "Sacro Egoismo" auch gegen Frankreich wirksam werden wird. Man weiß es übrigens in Paris ganz genau und richtet sich darnach.

Ein weiteres Land mit anschnlichen Zukunstsmöglichkeiten und einem menschenarmen und auch sonst nicht allzu fräftigen Besitzer liegt im Osten des Mittelmeeres. Es sind die kleinasiatischen Gebiete der Türkei. Alles übrige ist auch im östlichen Mittelmeerbecken in sesten Handen. Italien besitzt hier bereits eine Borpostenstellung. Es hat seit 1912 einen Teil der Inseln des ägäischen Meeres besett. Es ist der oft genannte "Dodekanes", den damals die Italiener den Türken weggenommen haben. Die Bevölkerung ist abgesehen von einer geringen Jahl seither meist noch abgewanderter Mchammedaner rein griechisch. Da nun die Großmächte der Entente bekanntlich den Weltkrieg zur Befreiung der kleinen Bölker geführt haben, hat Italien diese griechischen Inseln stillsschweigend behalten. Es arbeitet gegenwärtig mit allen Kräften daran, sie mögslichst rasch italienisch zu machen. Hier werden nun auch umfangreiche Stüßpunkte für die Flotte und sur die Luststreifräfte geschaffen. Bon hier aus schweisen die italienischen Wünsche dann hinüber nach den gegenüberliegenden Küstengebieten Kleinasiens. Diese sind vom Innern durch hohe unwegsame Gebirge getrennt. Auf sie hat Italien nach einer ganzen Keihe aus verschiedenen Duellen stammenden Nachrichten heute allen Ernstes sein Augenmerk geworfen. Wie weit die Pläne vorgeschritten sind, besonders wie weit darüber bereits eine Berständigung mit England erzielt ist, wissen wir nicht. Ohne Widerstand der Türken wird ihre Berwirklichung freilich nicht möglich sein.

Auf jeden Fall sieht sich heute Italien im Mittelmeer überall nach Ausschnungsmöglichkeiten um. Sier wird wohl für die Dauer der Schwerpunkt der italienischen Politik liegen. Allerdings ist es dabei natürlich durchaus nicht unmöglich, daß auch an den Landgrenzen jede sich bietende Gelegenheit zur Ers

füllung der sogenannten "berechtigten Aspirationen" ausgenütt wird.

* *

Für eine solche Mittelmeerpolitik ist eine gewisse Rückenfreiheit unbedingt ersorderlich. Erklärt sich wohl daraus das Bestreben der Faschisten in Südtirol und ebenso im adriatischen Küstenland, mit der deutschen und slawischen Besvölkerung möglichst rasch reinen Tisch zu machen? Wenn das stimmen sollte, so wäre die Rechnung allerdings falsch. Das werden Mussolini die letzten Bochen zur Genüge gezeigt haben. Das italienische Borgehen in Südtirol und vor allem die Reden Mussolinis haben vor der ganzen Welt nun die Südstirolerfrage zur Erörterung gestellt. Sie wird so rasch nicht mehr zur Ruhe kommen. Sie wird auch zwischen Deutsche und Italiener dauernd einen scharfen Keil treiben. Südtirol ist nur ein kleines Gebiet mit kaum einer Biertelmillion Bevölkerung, aber an ihm droht nun das ganze deutschzeitalienische Verhältniszu scheitern. Die beiden Länder haben im übrigen keine Gegensätze, sie ergänzen sich im Gegenteil sehr gut. Aber in Deutschland wird man sich mit der brutalen Vergewaltigung Deutsch-Südtirols nie absinden. So erhält hier Italien dauernd eine empfindliche Druchselle. Das wird für seine Mittelmeerpolitik höchst unsangenehm sein. Schließlich kann auch der saschischen Kriegszustand seben. Er wird einmal zwischen der Varschung und Durchsehung seiner Lebensinteressen im Mittelmeerbecken oder der Durchzwängung der uferlosen Pläne der Nastionalisten gegenüber den deutschen und slawischen wählen müssen. Beides miteinander läßt sich sicher nicht vereinigen.

Mit einigen Worten soll bei dieser Gelegenheit doch noch auf die Haltung der schweizerischen Presse zu dem Südtiroler Zwischenfalle eingegangen werden. Noch vor einigen Jahren hätte bei einer derart klaren Sachlage die schweizerische Presse mit Ausnahme vielleicht von ein paar offensichtlich ihr Stichwort von außen erhaltender Blätter von der Art der "Tribune de Genève" einhellig Stellung genommen. Diesmal ist das nicht mehr der Fall gewesen. Man hat teilweise versucht, die Angelegenheit als bloßen diplomatischen Zwischenfall zu behandeln. Man hat für die Südtiroler Zustände an verschiedenen Orten übershaupt kaum ein Wort mehr übrig gehabt. In mehreren angesehenen freisinnigen

Blättern hat man sich gar nicht mehr getraut, die Dinge beim richtigen Namen ju nennen. Denn daß man die Berhältniffe wirklich fo wenig fennt, das darf man wohl taum annehmen. Entweder hat also die Rudficht auf das empfindliche faschistische Italien den Ausschlag gegeben oder man hat für die wirkliche Lage überhaupt kein Augenmaß mehr. Es ist doch ganz klar, daß auch mit einer Beilegung des gegenwärtigen Zwischenfalles die Südtiroler Frage nicht beigelegt ist. Im Gegenteil, je länger die gegenwärtige italienische Gewaltspolitik andauert, desto verhängnisvoller wird das deutschsitalienische Verhältnis beeinflußt werden. Der kläglichen Haltung gegenüber, die z. B. der "Bund" eingenommen hat, sticht das Berhalten des "Journal de Genève" sehr vorteils haft ab. William Martin hat klar erkannt, was Südtirol für die Befriedigung Europas bedeuten kann und bedeuten muß und er hat auch den Mut aufgebracht, biese Erkenntnis deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Marau, den 19. Februar 1926.

hettor Ummann.

Die antiparlamentarische Bewegung in Frankreich.

Berschiedene Umstände drohen das jo fehr an herkommen und Stetigkeit gewohnte französische Bolt, das viel mehr als irgend ein anderes durch die Störung seiner äußeren Berhältnisse geängstigt wird, aus dem Gleichgewicht zu bringen. Es sind dies nicht nur die nichterfüllten Friedenshoffnungen, die Bertiefung der Gegensätze zwischen Nationalismus und Kommunismus, sondern vor allem auch die immer stärker anschwellende Bewegung gegen das bestehende parlamentarische System. Allerdings hat die dritte Republik und ihre radikale Gouvernementsform zu allen Zeiten unversöhnliche, prinzipielle Gegner gehabt. Jedoch, wie kam es, daß diese Gegnerschaft heute zu einem einflußreichen Faktor

im öffentlichen Leben geworden ist?

Die französische Rammer hat in den letten Wochen Ungeschicklichkeiten begangen, die bei uns in Bern und selbst im deutschen Reichstag kaum überboten werden konnen. In dem Augenblick schwerster Krisis erachteten es die Deputierten im Palais Bourbon für opportun, ihre eigenen Diäten um mehr als die Sälfte zu erhöhen. Aber nicht genug damit, wurde balb nachher ein anderer salomonischer Untrag angenommen, dahingehend, daß fünftig im "Journal officiel" darüber Austunft stegen follte, wieviel Bermögen, wieviel Ginkommen und welche Geschäftsverbindungen die französischen Bolksvertreter hätten, wieviel sie jährlich für ihre Wohnungen ausgaben und wieviele Automobile in ihren Garagen ftunden! Bon den 400 anwesenden Deputierten magten jedoch nur zwei, gegen diese sich selber auferlegte Prostription aufzutreten. In beiden Fällen gab die öffentliche Meinung den Parlamentariern zu verstehen, daß sie mit solchen Beschluffen gar nichts für die Sauberung der Demokratie beitrugen, wohl aber die Geltung des Parlamentes beim Bolte heillos tompromittierten.

Bu diesen bosen Taktsehlern aber kamen die endlosen Beratungen der Fisnanz- und Steuergesetze. Daß man tagelang um den Absat II des Artikel 79 streitet und ob einem einzigen Paragraphen Ministerkrisen veranstaltet, das will bem Frangofen, ber bas berauschende Pathos und ben Schwung flarer und

Zeitungen, die der parlamentarischen Demofratie durchaus nicht feindlich gegen-überstehen, sprechen schon seit Wochen vom "desordre" des Parlamentes. Wißbolde haben sogar Tabellen angefertigt, nach denen jedesmal, wenn die Kammer zusammentritt, der Franken fällt, und jedesmal, wenn die Deputierten in die Ferien geben, die Bahrung fich erholt. Das alles bestärkt den politisch aufgeweckten und steptischen französischen Zeitungsleser in seinem eigenen Zweisel: Wie lange wird noch weiter so Politik getrieben, wann wird endlich "irgend etwas geschehen"? Diese Zweiselsstimmung ist bisher bei den großen Massen nicht über untätige Negation und resignierte Unzufriedenheit hinausgekommen. Der tätige Wille, die bestehende Staatsform gewaltsam zu ändern, bleibt vorsläusig auf die Kommunisten und auf die extremen klerikal-konservativen Kreise beschränkt. Bon der äußersten Linken her ist die Gesahr eines Umsturzes sehr klein. Außerhalb der Pariser Arbeiterviertel, besonders in St. Denis, haben diese Leute keinen besorgniserregenden Zulauf. Sie mögen wohl für die Pariser Straße als Stoßtrupps dienen, aber, troß des Riesenschattens des Bolschewisten Doriot, bilden sie keine ernstliche Gesahr für den Parlamentarismus.

Nicht so harmlos, weil ernst zu nehmen, und vor allem zahlenmäßig nicht so schwach, sind die antiparlamentarischen Kreise, die von rechts her auf-marschieren. — Als Urzelle der rechtsraditalen Berbande fann die rohalistische "Action française" gelten, die wohl immer noch, besonders in der Proving, die am straffsten organisierte Gruppe ist und in ihren "Camelots du Roi" höchst zuverlässige und wetterfeste Kohorten besitt. 1907 wurde, nach der "Brüfung von Agadir" (Albert de Mun) und den Bürgerfriegenöten der Drenfußzeit, die Action française gegründet und in ihr der Grundsat: Zuerst Politik, bann Reaktion! weiteren Kreisen eingehämmert. Die Camelots du Roi begannen ihre rudfichtslose Propaganda der Tat. Ihrem Ziele nach — Wiederherstellung eines ständisch-konstitutionellen Königtums unter dem, mit der Erzherzogin Maria verheirateten, Louis Philipp, Herzog von Orleans - fann man die Action française nicht als ausgesprochen antiparlamentarisch ansehen; sie ist es aber ihrer Wirkung nach. Ihre tägliche Auslage beträgt ca. 40,000 und übersteigt heute zum Beispiel die des "Quotidien". Von den deutschen Königsmachern unterscheidet sie sich zweisellos durch ein viel höheres geistiges Niveau. Ihr Leiter, Léon Daudet, der Sohn Alphonse Daudet's, darf als Literat ruhig zu den Besten der französischen Moderne gerechnet werden (er ist Mitglied der Akademie Goncourt); jeder seiner täglichen Brandartikel ist ein journalistisches Meisterwerk. Die Prozesse um den mhsteriosen Tod seines Sohnes Philipp aber haben ein grelles Schlaglicht darauf geworfen, wie gefährlich und strupellos er die Verquickung von menschlichen und politischen Motiven auszunützen ver-steht. Nichts illustriert besser Daudet's Ansehen, als das Interesse, das der Prozeß im ganzen Lande gefunden hat, die Art und Beise, wie in Frankreich die Rechtspresse und die spezifisch religiosen Organe ihm Gefolgschaft geleistet haben. Neben ihm steht als durchgeistigtster und systematischster Rämpfer Charles Maurras, deffen Lehre — Berbindung des Ratholischen und Reaktionar-Monarchistischen, herrenmenschliche Bekampfung des auf Autorität und Freiheit begründeten Bolksstaates - vor allem in den Universitäten immer mehr Unhänger gewinnt. Neben diesen beiden Führern sei aber auch noch an Bainville (Histoire de la France) und Barthélemy erinnert, welch letterer vor einiger Zeit als Dekan der juristischen Fakultät der Sorbonne durch seinen Kampf gegen den radikalen Dozenten Scelle in der Offentlichkeit bekannt geworden ift. Gefellschaftlich retrutiert sich die Action française aus den Rombattanten, der Universitätsjugend, aus dem Geld- und Geburtsadel.

Aus dieser reaktionären Gruppe, die bewußt das Gestern wiederherstellen will, hat sich als revolutionäre Gruppe unter dem Finanztheoretiker Georg Balois die eigentlich sascistische Organisation abgespalten, die allerdings an Stelle von Schwarzhemben die blauen Hemden bevorzugt. Seit einem Jahr wuchsen Liguen, Legionen, Faisceaux wie Bilze aus dem Boden, und niemand wußte recht, wohin das führen sollte. Erst die vor einigen Monaten mit großer Reklame inszenierte Herausgabe einer neuen Zeitung "Le nouve au siècle" hat eine Klärung herbeigeführt: Das unverhüllte Ziel nämlich, dem Lande mit Hilfe dieser Frontkämpserorganisationen einen Diktator zu schenken, der aber nicht Philipp VII. ist.

Ruhiger, aber zahlenmäßig bedeutend stärker als diese extremen Berbande sind die Organisationen der Rechten, die unter weniger klarer Flagge sich an

bas Bürgertum heranmachen, um bei paffender Gelegenheit bas heft in bie Sand zu bekommen. Wohl die attivfte diefer Gruppen find die "Jeuneffes patriotes", die von Déroulede begründet und gegenwärtig von Taittinger, einem jungen, maglos ehrgeizigen Deputierten, geführt werden. Das innerpolitische Ziel ift die Befreiung Frankreichs vom Linkstartell und von der demofratisch-parlamentarischen Unordnung. Wie weit diese Patrioten beim Ordnungmachen geben wollen, wird allerdings verschwiegen. Das publiziftische Drgan Taittinger's, das große Parifer Abendblatt "La Liberte", liebäugelt aber mit den fascistischen Bestrebungen aller Ruancen. Unter den Führern dieser Jugendbewegung, die auch besondere weibliche Berbande unterhalt, findet sich der junge Barres, der Sohn des geistigen Apostels der Action française, bes verstorbenen Maurice Barres, ber nicht nur als Mitglied der Afademie, sondern auch als Mitglied der Rammer während des Krieges einen ungeheuren Einfluß ausübte. Gine Art Erfagmannschaft für die "Jeunesses patriotes" bilden die Jugendverbande der größten aller, gegen das jetige Shstem ge-richteten Gruppen, der "Ligue catholique". Deren Prasident General Castelnau, der im Kriege zulett eine Armee führte, versteht es wie kein zweiter, in der Bendée, im Suden von Frankreich, dann auch in der Bretagne, Riesenversammlungen der Bauern zu veranstalten, und ihnen immer wieder die Gottlosigkeit des jetigen Regimes und die Macht der Freimaurerei in diesem Shstem in Erinnerung zu rufen. So gelingt es den "Jeunesses patriotes", auf bem Umwege über den Rlerifalismus auch auf dem Lande Eroberungen gu machen.

Ein Berband für die gereifteren, politischen Gegner der heutigen Ordnung ist die "Ligue républicaine", deren Führung der frühere Präsident der Republik und noch frühere Sozialist, Alexandre Millerand, inne hat. In dem Blatte Millerand's, dem neuerdings dem "Eclair" verschmolzenen "Avenir", wird ebenfalls konsequent gegen das Parlament und für die legale Diktatur agitiert; doch würden diese Leute, hinter denen als Finanzierungs-Institut die bekannte "Union des Intérêts Economiques" des Senators Billiet steht, sich wohl auch mit dem parlamentarischen Regime absinden, wenn der Bloc National nur wieder an die Macht käme. Eine andere publizistisch-politische Gruppe schart sich ebenfalls um einen Apostata, den ehemals wütenden Pazisisten Hervé, der in seiner "Victoire" unentwegt, wenn auch unter Ausschluß der Offentlichkeit, die Kriegs-

und sonstigen Gegner zu Boden streckt.

Das Bilb ber radikalen Rechten in Frankreich ist, wie man sieht, recht buntschedig. Mit Ausnahme der sehr starken katholischen Liga General Castelsnau's sind die Verbände ziffernmäßig durchweg nicht stark, reichen sie doch nirsgends über 100,000 Mitglieder hinaus. Aber bei der Abneigung der Franzosen gegen Organisationen würde die, zum Beispiel sür deutsche Begriffe, geringe Mitgliederzahl nichts besagen. Denn es ist bezeichnend sür französische Verhältznisse, daß eine ganze Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten — es sei hier nur an den um Frankreich hochverdienten Marschall Lhauteh, an Kornphäen der Literatur, wie Paul Claudel, den Botschafter in Tokio, und Henri Borde aux erinnert — jede selbständig einen zähen und oft haßerfüllten Kampf gegen den heutigen Parlamentarismus führen. (Man erinnert sich vielzleicht noch der souveränen Berachtung, mit der Lhauteh als Kriegsminister im März 1917 das Parlament behandelte.) Aber auch zahlreiche Zeitungen ("Depeche de Toulouse", "Echo de Paris", "Candide"), die parteipolitisch sarblos sind und keiner Organisation dienen, zerzausen die Glorie der dritten Republik immer heftiger. Sogar der vornehme "Journal des Débats" wird immer mehr in die Opposition gedrängt.*) Unter den Monatsschriften ist es vor allem die berühmte "Kevu e des deux mondes", dann aber auch die "Kevue de Paris", deren prominenter Mitarbeiter Comte de Fels das Buch "La Kevolution en marche" herausgegeben hat, die in seindlicher Halung zum heutigen Spstem

^{*)} Die in dieser Hinsicht vom "Figaro" und seinem Chefredaktor Romier eingenommene Haltung ist in den Monatsheften (Januar-Heft, pag. 593 f.) schon erwähnt worden.

verharren. Aus der Zahl und vor allem aus der Herkunft dieser vielen, selbständig geführten Kampfansagen ersieht man, daß die nicht sehr große Mitsgliederzahl der einzelnen, aktiven Organisationen bedeutungsloß ist. Biel schlimmer ist es für sie, daß sie bisher keinen Mann gefunden haben, um den sie sich alle scharen könnten, daß sie keinen Diktator präsentieren können. Troß der Zugkraft schöpferischer Gedanken, können die größten Geldmittel eine überragende Persönlichkeit und die damit verbundene Einheit doch nicht ersehen. Daher droht dem französischen Parlamentarismus heute noch auch von dieser Seite keine akute Gefahr.

Diese wächst aber mit jedem Tage, an dem das Parlament sich weiter unfähig erweist, und wird zur großen Gesahr werden, wenn das Parlament nicht imstande sein wird, die Inflation oder eine schwere Stabilisierungskrife

au überwinden.

hermann hagenbuch.

Bücher-Rundschau

Ostfragen.

Im ganzen östlichen Europa, vom baltischen bis zum ägäischen Meere, tobt heute der Kampf der Nationen. In dem breiten Streisen zwischen dem gesichlossenen deutschen und dem größere Bedeutung als die soziale Auseinandersetung. Fast überall ist auch deutsches Bolkstum hinein verwickelt. Die Rollen sind dabei gegenüber der Lage an der deutschen Westgrenze gerade vertauscht. Im Westen gibt der stärkere Geburtenüberschuß den Deutschen die größere Stoßkraft, im Osten ringt das deutsche Bolkstum gegen die Aberstuung durch die tinderreicheren slawischen Stämme. Jest kommt dazu die Ungunst der politischen Lage. Die Deutschen können diesen schwerwiegenden Nachteilen gegenüber nur aus ihrer älteren, gesestigteren Kultur und meist auch aus ihrer stärkeren wirtschaftlichen Stellung eine gewisse Hilse gewinnen. Trozdem steht gegenwärtig das deutsche Bolkstum an der Ostgrenze des geschlossenen sprachgebiets und auf allen vorgeschobenen Posten in einem Kampf auf Leben und Tod.

Diese gespannte Lage sindet ihren Niederschlag gerade wie im Westen in

Diese gespannte Lage findet ihren Niederschlag gerade wie im Westen in einer gesteigerten wissenschaftlichen Beschäftigung mit den verschiedensten Bershältnissen der umkämpften Gebiete. Sie zeitigt auch kulturelle Höchstleistungen, wie sie unter andern Umständen nur in Ausnahmefällen erreicht werden. Eine Reihe von Neuerscheinungen, die für beides Zeugnis ablegen und die alle in den letzten Monaten erschienen sind, möchte ich hier zusammenfassend besprechen

und der Aufmertfamteit empfehlen.

An die Spite gehört mit Fug und Recht das große Handbuch über die Tich ech of low a kei von Hugo Hassinger, dem Inhaber des geographischen Lehrstuhls der Universität Basel.) Wir besitzen die heute kein auch nur annähernd gleichwertiges Werk über irgend einen der neu entstandenen Staaten des Ostens. Wir können auch ruhig sagen: Hätten wir nur etwas ähnliches einsmal über die Schweiz! Auf mehr als 600 Seiten großen Formats ist hier ein gewaltiges Tatsachenmaterial in klarster Weise zusammengesaßt. Wer in Zukunst über irgend eine Einzelheit der Landeskunde oder der staatlichen Verhältnisse der Tschechoslowakei Bescheid erhalten will, der wird ihn hier sinden. Was aber das Werk von vielen andern ähnlicher Art unterscheidet, das ist die eingehende Berücksichtigung der Bevölkerungsverhältnisse, des nationalen Kampses und der gesamten politischen Zustände überhaupt. Über diese muß man sich sonst müh-

¹⁾ Hugo Hassinger: Die Tschechoslowakei. Ein geographisches, politisches und wirtschaftliches Handbuch. Wien, Rikola-Verlag, 1925. Geb. 20 Mk.